

Rethink Europe 2018

Changing Perspectives

Donnerstag, 11. Oktober 2018 ab 14:30 Uhr

Redoutensäle Passau

Gottfried-Schäffer-Straße 2, 94032 Passau

Grußwort

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
im Namen der Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft begrüße auch ich Sie sehr
herzlich zur diesjährigen Rethink Europe
Konferenz!

Die Welt, wie wir sie kennen, ist aus den
Fugen geraten.

Europa steht vor großen Aufgaben:

- die Herausforderungen durch Flucht
und Migration,
- eine USA, die immer weniger auf
internationale Abkommen und
stattdessen auf bilaterale Deals,
Sanktionen und Protektionismus
setzen,
- die zahlreichen ungelösten politischen
Krisen wie in der Ukraine, der Türkei,
im Nahen Osten, in Afrika und in
Nordkorea,
- der weltweit zunehmende Populismus
und schließlich

- die gewaltigen Umwälzungen im Zuge der digitalen Transformation.

Diese Entwicklungen treffen Europa im Kern:

- Handelskonflikte haben unabsehbare wirtschaftliche Folgen.
- Zum ersten Mal in der Geschichte der EU kehrt der Staatengemeinschaft mit dem Vereinten Königreich ein Mitgliedstaat den Rücken.
- Schließlich treiben Anti-Europäer in vielen Mitgliedstaaten die Spaltung der Gesellschaft voran.

In diesen Zeiten müssen wir uns alle dafür einsetzen, dass die Einheit Europas gewahrt bleibt!

Uns allen muss klar sein, dass wir die genannten Herausforderungen nur gemeinsam in den Griff bekommen.

Eine Gemeinschaft mit 500 Millionen Menschen hat in der Welt ein viel größeres Gewicht als eine mit 80 Millionen.

Mitte Juni haben Angela Merkel und Emmanuel Macron in Meseberg ein deutsch-französisches Reformpaket auf den Weg gebracht, das viele gute Vorschläge enthält.

In einigen Politikbereichen brauchen wir eine bessere europäische Zusammenarbeit.

Das gilt vor allem für die Flüchtlingspolitik und die Grenzsicherung.

Wir als bayerische Wirtschaft befürworten vor allem die Pläne,

- die Herkunfts- und Transitländer stärker zu unterstützen,
- die EU-Außengrenzen besser zu schützen,
- ein einheitlich geltendes Asylsystem zu etablieren,

- die Sekundärmigration stärker zu bekämpfen,
- und eine europäische Grenzpolizei einzuführen.

Mehr Europa brauchen wir außerdem in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Durch eine bessere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik können Synergien geschaffen und Kosten gespart werden.

Mehr Investitionen in die Verteidigung führen auch dazu, dass wir uns von den USA ein Stück weit emanzipieren können.

Auch die Weiterentwicklung des Binnenmarktes steht zu Recht im Fokus europäischer Reformbestrebungen.

Vor allem der Digitale Binnenmarkt muss möglichst schnell vollendet werden.

In manchen Politikfeldern ist das Motto „mehr Europa“ jedoch kontraproduktiv.

Dort, wo der Ruf nach mehr Europa

- auf mehr Staat,
- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa nicht stärker, sondern schwächer machen!

Ein starkes Europa kann nicht „mehr Umverteilung“ bedeuten!

Die Einzelstaaten müssen mit Blick auf ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit und Haushaltspolitik ihre Hausaufgaben machen.

Mitgliedstaaten der Eurozone müssen dafür Sorge tragen, dass Altlasten in Bankbilanzen gemäß den europäischen Vorgaben abgebaut werden.

Zudem ist jedes Land selbst verantwortlich für die Ausgestaltung der Sozialsysteme.

Der geplante Ausbau der EU-Sozialpolitik ist der falsche Weg, auch weil er in eklatanter

Weise gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Sozialpolitik ist Sache der Mitgliedsstaaten – dort ist sie richtig verortet.

Bei all dem Reformbedarf muss Europa den Blick auch über den Tellerrand hinaus auf seine unmittelbaren Nachbarn richten.

Neben Russland und dem Nahen Osten ist hier vor allem Afrika zu nennen.

Wir müssen uns dort stärker engagieren:

- aus humanitären Gründen,
- zur Bekämpfung der Fluchtursachen, aber auch
- weil der Kontinent große wirtschaftliche Potenziale hat, die wir nicht allein China überlassen dürfen.

Wir begrüßen daher die Initiative von Entwicklungshilfeminister Müller für einen „Marshallplan mit Afrika“.

Auch der Vorschlag von Kommissionspräsident Juncker für ein umfassendes, interkontinentales Freihandelsabkommen zwischen der EU und Afrika ist zu unterstützen.

Beide Ansätze stehen für einen Paradigmenwechsel in der Afrika-Politik:

- weg von einer paternalistischen Entwicklungshilfe,
- hin zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe.

Partnerschaft auf Augenhöhe heißt zugleich: mehr private Investitionen in Afrika.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Afrika und Bayern sind noch recht mager.

Das Exportvolumen Bayerns nach Afrika betrug 2017 rund 2,7 Milliarden Euro.

Damit gingen nur 1,4 Prozent der Exporte des Freistaats nach Afrika.

Das Volumen der bayerischen Importe aus Afrika lag 2017 bei rund 3,7 Milliarden Euro.

Aus Afrika kamen 2017 damit 2 Prozent aller Einfuhren des Freistaats.

Für einen Kontinent mit über 1,2 Milliarden Menschen, dessen Bevölkerung sich bis zum Jahr 2050 verdoppeln wird, sind das ernüchternde Zahlen!

Wie gesagt, wir dürfen die Potenziale des Kontinents nicht den Chinesen überlassen.

Auch die Flüchtlingsherausforderung müssen wir gemeinsam mit Afrika bewältigen.

Dabei gibt es in Afrika viele Potenziale, auch für die bayerische Wirtschaft.

Der Markt ist groß.

Chancen gibt es insbesondere

- beim Ausbau der Infrastruktur, vor allem in der Informations- und Kommunikationstechnik,
- im Energiesektor – Stichwort Erneuerbare Energien – oder
- als Zulieferer von Maschinen und Anlagen für sich entwickelnde Wirtschaftszweige, wie etwa die Textilwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion.

Klar ist aber auch: Die Wirtschaft benötigt gute, verlässliche und sichere Investitionsbedingungen. Daran fehlt es oft noch.

Wenn es nicht gelingt, die Rahmenbedingungen vor Ort zu verbessern, werden die privaten

Investitionen in Afrika nicht in dem Maße stattfinden, wie es nötig wäre.

Deshalb ist es wichtig, dass die neuen Initiativen vor allem auf den Reformwillen der Staaten abzielen und diesen zur Voraussetzung zu machen.

Hier kommen positive Signale aus Afrika.

Wir begrüßen, dass sich die Afrikanische Union auf eine Agenda 2063 verständigt hat.

Diesen Weg muss Afrika entschlossen weitergehen!

Auch wir als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sehen uns hier in der Verantwortung.

Bereits seit 2010 führen wir gemeinsam mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft in Tunesien ein Projekt zur Förderung der beruflichen Bildung durch.

Die berufliche Bildung ist ein zentraler Ansatzpunkt, um Perspektiven vor Ort zu schaffen.

In einem künftigen Projekt wollen wir uns in Ghana engagieren, ein Land, das sich durch seine politische Stabilität auszeichnet.

Meine Damen und Herren,

wir hoffen auf einen Neuanfang in Afrika.

Er ist in unser aller Interesse.

Gerade für Europa sind die Stabilität und der wirtschaftliche Erfolg Afrikas eine zentrale Zukunftsfrage.

Vielen Dank!